

Mehr den Charakter einer Arbeitsberatung hatte die 5. Tagung des 12. Nationalen Volkskongresses in der Hauptstadt Peking. Mit größerer Spannung wird nun der 19. Parteitag der KP Chinas im Herbst erwartet.



Der Kongress ist vorbei, die Delegierten gehen nach Haus.

Foto: AFP/Greg Baker

Weniger Wachstum – selbst für das Militär

Nationaler Volkskongress orientiert auf gesellschaftliche Stabilität in der »Anfangsphase« beim Aufbau des chinesischen Sozialismus

Stabilität, Reform und Entwicklung sind nach fast zwei Wochen Beratung die Orientierungen des 12. Nationalen Volkskongresses.

Von Werner Birnstiel

Chinas Staatsführung teilt sich zur Lage der Nation, anders als in anderen Ländern üblich, nicht zuerst über Twitter mit. Es bedurfte vielmehr einer elftägigen Beratung der 5. Tagung des 12. Nationalen Volkskongresses, bis Premier Li Keqiang am Mittwoch die Kernzahlen der weiteren Entwicklung bestätigt sah und der Presse erläutern konnte. So billigte die fast 3000 Delegierten in der Großen Halle des Volkes die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in diesem Jahr auf »rund 6,5 Prozent«. Die Verteidigungsausgaben bleiben mit einer Steigerung von nur sieben Prozent hinter den Zuwachsraten der zwei vorangegangenen Jahrzehnte zurück.

»Niemand will Chaos vor seiner Haustür sehen«, merkte der Premier vor der Presse mit Blick auf die zunehmenden Spannungen auf der ko-

reanischen Halbinsel an, setzt aber auch im Innern auf Stabilität. Im Tätigkeitsbericht der Regierung hatte er ausführlich Rückschau auf 2016 gehalten. Der Ausblick auf 2017, das zweite Jahr des 13. Fünfjahresplans fiel so komplex, sachlich und inhaltlich differenziert wie noch nie zuvor aus.

Li stellte dar, in welcher komplizierter Reformetappe China in der »Anfangsphase« beim »Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung« steckt. So warnte der Premier angesichts der hohen Verschuldung eindringlich vor Gefahren im Finanzsektor: »Wir müssen die Ansnallgurturte anlegen und den akuten Ausbruch von Finanzrisiken vermeiden.«

Die gesellschaftliche Stabilität soll weiterhin durch eine einheitliche, umfassende Planung gesichert werden. Fortschritt und Wachstum sollen miteinander in Einklang gebracht werden und beides nicht einfach durch Geldrücken und Konjunkturprogramme kurzfristig stimuliert werden.

Die Kunst des Machbaren bestehe darin, »bescheidenen Wohlstand« bis 2020 für die gesamte 1,4 Milliarden

Menschen zählende Bevölkerung Chinas zu erreichen. Dies solle geschehen unter der »umfassenden strengen Führung der Partei«. Das ließ eine Warnung anklingen und konnte bestätigen, dass vor Ort harte

»Niemand will Chaos vor seiner Haustür sehen.«

Li Keqiang, Premier Chinas

Auseinandersetzungen zu bestehen sind. Was in der Sprache der Ökonomen Ausbau einer »stabilen makroökonomischen Lenkung«, zielgerichteter Industriepolitik und »flexibler Gestaltung mikroökonomischer Strukturen« heißt, betrifft eben Millionen Menschen ganz konkret.

Letzteres heißt auch, möglichst vielen Kleinst- und kleinen Betrieben eine dauerhafte Existenz zu sichern. Bäuerliche Wanderarbeiter werden kräftig gefördert, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren und sich dort private Existenzen aufbauen. Ebenso

trifft das zu für Hochschulabsolventen, demobilisierte Armeemangehörige, Wissenschaftler, Techniker. Innovationen sollen insbesondere den Dienstleistungsbereich qualitativ voranbringen und den Binnenkonsum stärken.

Gleichzeitig geht die »Urbanisierung neuen Typs« weiter. 2016 wurden mehr als 13 Millionen Menschen vor allem in mittelgroße und kleine Städte umgesiedelt. Armutsgebiete und die Armen werden als »größte Schwachstelle« bei der »Vollendung des Aufbaus einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand« genannt. Bis 2017 sollen über 10 Millionen Menschen aus Armut befreit und 3,4 Millionen Menschen umgesiedelt werden, um sie aus der Armut zu holen. Der Kampf gegen die Korruption ist eine alte und immer wieder neue Forderung. Allein 2016 wurden 45 000 Fälle mit 63 000 Angeklagten verhandelt.

Während des Volkskongresses zerstreute sich selbst der Smog über Peking mehrfach und gab sogar blauen Himmel frei. Kein Zufall sind allerdings Betriebsschließungen bei sol-

chen Anlässen. Der offizielle »Kampf gegen die Verschmutzung« jedenfalls läuft in seinem vierten Jahr. Allzu oft kommt man aber vor Ort nicht ernstlich voran. Das dürfte ein weiterer Kernbereich sein, bei dem auf dem 19. Parteitag der KP Chinas im Herbst vorzeigbare Ergebnisse und Strategien präsentiert werden sollen.

Ungeachtet des verlangsamten Wachstums wird China wieder ein Motor der Weltwirtschaft. Ein Hauptinstrument dafür ist das »Seidenstraßenprojekt«. Darüber werden im Mai in Peking Staats- und Regierungschefs aus mehr als 20 Ländern, über 50 Vorsitzende internationaler Organisationen, über 100 Minister und 1200 Delegierte aus verschiedenen Ländern und Regionen beraten. Das geschieht noch vor dem G20-Gipfel im Juli in Hamburg und China will demonstrieren, dass es für den Ausbau multilateraler Systeme eintritt und sich auf Win-win-Situationen orientiert.

Das steht im Kontrast zu den bisherigen Aussagen von US-Präsident Donald Trump. Er setzt auf Protektionismus und nationalistische Ab-

schottung. Demgegenüber wurde in Peking klargestellt, dass die geopolitisch angelegte Kooperation Chinas mit den ASEAN-Staaten spürbar vertieft wird. Über die Territorialansprüche im Südchinesischen Meer soll mit den betroffenen Staaten verhandelt und nach Kompromisslösungen gesucht werden. Über das »Seidenstraßen«-Projekt hinaus geht es um die Entwicklung der Provinzen Westchinas, der zentralasiatischen Republiken und Kasachstans. Den »ausgezeichneten Stand« der Beziehungen zu Russland lobte Außenminister Wang Yi auf einer Pressekonferenz. Den Beziehungen zur EU ist eine Schlüsselrolle eingeräumt – trotz ihrer aktuellen Probleme. In Partnerschaft und Konkurrenz werden brauchbare Lösungen angestrebt.

Staatschef Xi Jinping »lenkt mehr als 1,3 Milliarden Menschen auf ihrem Marsch in den chinesischen Traum, der die Auslöschung der Armut und die Regeneration der Nation zum Ziel hat«, verbreitete das offiziöse China Internet Information Center (CIIC). Dabei seien bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen.

Die Konkurrenz zur Weltbank

Mit der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) macht China knallharte Interessenpolitik

Hätten sich die USA nicht gegen eine echte Weltbankreform gewehrt, wäre es wohl nicht zur AIIB-Gründung gekommen. Doch das macht die Investitionspolitik der neuen Entwicklungsbank nicht besser.

Von Simon Poelchau

Manch ein Ereignis, manch ein Tag entpuppt sich erst im Nachhinein als weltbewegend. So war es vielleicht auch am 12. März 2015. Damals trat der britische Finanzminister John Osborne vor die Presse und erklärte, Großbritannien werde Gründungsmitglied der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) werden. Fünf Tage später folgten Frankreich, Italien und Deutschland. Europa düpierte damit die Vereinigten Staaten und wendete sich einer neuen Weltmacht zu: China.

»Es hätte die AIIB vermutlich nicht gegeben, wenn die Weltbank wirklich reformiert worden wäre und Chi-

na sowie die Schwellenländer deutlich mehr Mitspracherecht bekommen hätten«, sagt Knud Vöcking von der Nichtregierungsorganisation Urgewald. Doch die USA, die dort ein Vetorecht haben, lehnten mehr als kosmetische Änderungen bei der Machtverteilung strikt ab. China machte sich deswegen auf, eine eigene Infrastrukturbank zu gründen. So ist die AIIB für Vöcking ein Beispiel, dass sich die Welt verändere, dass weltpolitische Umbrüche im Gange seien, »die mindestens so gravierend wie 1989 sind – auch wenn sie nicht so plötzlich geschehen, sondern schleichend vorantreiben.«

Im Dezember 2015 wurde die AIIB offiziell gegründet. Im Januar 2016 nahm sie in Peking ihre Arbeit auf. Für Urgewald war dies vergangene Woche ein Anlass, zusammen mit anderen Nichtregierungsorganisationen und Experten ein Resümee über die bisherige Arbeit der asiatischen Infrastrukturbank zu ziehen, die China

mit einem Stimmgewicht von über einem Viertel klar dominiert.

Zwar ist die AIIB mit einem Startkapital von 92 Milliarden US-Dollar im Vergleich zur Weltbank mit 223 Milliarden Dollar noch relativ klein. Doch sind alle asiatischen Länder bis auf wenige Ausnahmen wie Bhutan, Afghanistan, Nordkorea und Japan bereits Mitglied. Und auch die 13 EU-Staaten machen mit, so dass die Infrastrukturbank, die auf Initiative Chinas gegründet wurde, mittlerweile über 50 Staaten als Mitglieder hat.

Im ersten Jahr ihres Bestehens verabschiedete die AIIB allerdings nur Projekte in einer überschaubaren Höhe von 1,7 Milliarden US-Dollar. Auch sind diese meist kofinanziert, etwa von der Weltbank oder der Asiatischen Entwicklungsbank. Doch befindet sich die AIIB, mit der China durch die Finanzierung großer Infrastrukturprojekte seinen Einfluss in der Welt erweitern will, eben noch im Aufbau.

Diese Interessenpolitik unterscheidet sich wenig von der, die die USA und andere Industriestaaten mittels der Weltbank betreiben. Zum Teil fallen die Standards der AIIB sogar noch hinter die der Konkurrenz aus Washington zurück. »Die größten Baustellen sind die mangelnde Transparenz sowie die Möglichkeit der von Projekten Betroffenen zur Beschwerde«, sagt Vöcking. So sieht die zurzeit geltende AIIB-Informationspolitik die Veröffentlichung von Dokumenten erst nach der Bewilligung von Projekten vor. Auch bemängeln Menschenrechtsaktivisten, dass die neue Entwicklungsbank ihre Dokumente nicht in die jeweilige Landessprache übersetzt, was es der heimischen Bevölkerung noch schwerer macht, sich zu wehren.

Für Vöcking wäre eine größere Transparenz dabei nicht nur im Sinne der von den Infrastrukturprojekten betroffenen Menschen. »Sobald eine Bank frühzeitig mit diesen re-

det, gibt es einen Prozess des gegenseitigen Gebens und Nehmens«, meint Vöcking. Dann dauere die Umsetzung vielleicht etwas länger, letztlich sei das Projekt aber meist erfolgreicher.

Urgewald befürchtet, dass bei der AIIB der Schutz von Millionen Betroffenen für das Ziel neuer Absatzmärkte und Investitionsmöglichkeiten für chinesische sowie europäische Unternehmen in den Hintergrund gedrängt wird. Nicht allein die Repressalien gegen zivilgesellschaftliche Organisationen in China lassen die Menschenrechtsaktivisten schlimmes erahnen. Auch eines der ersten genehmigten Projekte, das die »Aufwertung« von Slums in Indonesien als Ziel hat, droht mit massenhaften Zwangsräumungen von Elendsiedlungen und Gewalt gegen die Bevölkerung einher zu gehen. Zudem ist bei der neuen Infrastrukturbank im Gegensatz zur Weltbank und anderen Entwicklungsbanken die Un-

terstützung von Kohle- und Atomkraftprojekten nicht ausgeschlossen.

Organisationen wie Urgewald hoffen auf den Einfluss westlicher Staaten, damit sich höhere Umwelt-, Informations- und Sozialstandards bei der AIIB durchsetzen. Dabei sind die Augen vor allem auch Richtung Berlin gerichtet. Mit einem Kapital von 4,5 Milliarden US-Dollar und einem Stimmgewicht von 4,4536 Prozent ist Deutschland das größte nichtasiatische Mitglied.

Positiv überrascht waren die Aktivisten von Urgewald, dass die AIIB tatsächlich einen Vertreter zur Konferenz vergangene Woche geschickt hat. »Das zeigt, dass wir Nichtregierungsorganisationen ernstgenommen werden«, sagt Vöcking. Dass sich die Bank von alleine bewegt, hält er allerdings für ausgeschlossen: »Bewegung erfordert immer Druck.« Und diesen sollten jetzt Deutschland und andere europäische Länder ausüben.